

DIE ISLAM-DISKUSSION IN FRANKREICH

In seinem Roman „Soumission“ („Unterwerfung“) schildert Michel Houellebecq ein Frankreich, das 2022 von einem islamischen Präsidenten regiert wird. Die Unterwerfung unter die Gesetze des Islam sieht er dabei als Ausdruck der westlichen Dekadenz. Der begnadigte Polemiker Eric Zemmour hat über den „Selbstmord Frankreichs“ geschrieben, verursacht durch die massive Einwanderung. Das Buch wurde ein Bestseller.

Bei diesem und unzähligen anderen Auseinandersetzungen mit dem Islam wird eines sehr deutlich: es geht nicht um Religion, sondern um Gesellschaftspolitik, bzw. darum, wie weit der Islam das gesellschaftliche Zusammenleben bestimmen kann. Es geht um die Furcht, die Scharia, das islamische Gesetz und islamische Lebensweisen, könnten die „französische Identität“ zerstören.

Dass diese Auseinandersetzung keine Diskussion, sondern eine harte politische Konfrontation ist, erlebt man gerade wieder in Trappes, einer Stadt in der Region von Paris, mit 32 000 Einwohnern; davon 70% Moslems; mit einer katholischen Kirche und fünf Moscheen. Dort hat ein Professor der Philosophie erklärt, er müsse seinen Beruf aufgeben. Radikale islamistische Studenten machen es ihm unmöglich, den Unterricht entsprechend den „französischen Werten“ zu gestalten. „Trappes ist nicht mehr Frankreich“, lassen die Kritiker verlauten. Eine Feststellung, der Ali Rabeh, Bürgermeister der Stadt, heftig widerspricht.

Trappes ist ein Beispiel dafür, dass vor allem in den Vorständen der Großstädte, den „Banlieues“, Parallelgesellschaften entstanden sind, wo die islamische Lebensweise das Stadtbild prägt. Als Nicolas Sarkozy in seinem ersten Wahlkampf um das Präsidentenamt vorgehalten wurde, auch die Polizei würde es nicht mehr wagen, diese Orte zu betreten, war seine Antwort, er würde „mit einem Kärcher“ hineinfahren, um Ordnung zu schaffen.

Aber so leicht ist das nicht. Gerade jetzt bemüht sich Emmanuel Macron wieder, mit einem „Gesetz gegen Separation“ radikalen Islamisten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Gleichzeitig will er die Zusammenarbeit mit jenen Kräften verstärken, die bereit sind eine Trennung zwischen Kirche und Staat zu akzeptieren. Man will den Einfluss des Auslands auf die Imame, von denen nur ein Drittel fließend Französisch spricht, eindämmen. Kinder sollen nicht mehr zu Hause unterrichtet werden und Vereine, die eine öffentliche Förderung erhalten, müssen sich zu den „Werten der Republik“ bekennen. Dass sich gerade der Chef der Linkspartei „La France insoumise“ gegen dieses Gesetz ausgesprochen hat, hat zu einer neuen Polemik über den „Islamogauchisme“ geführt. Extremen Linken wird ein Bündnis mit den Islamisten vorgeworfen.

Was macht die Situation in Frankreich so besonders? Im Sport, in der Kultur und selbst in der Politik haben es Menschen mit Migrationshintergrund zu Spitzenpositionen gebracht. Aber die Integration der großen Mehrheit ist nicht gelungen. Das hängt einmal mit der großen Zahl der Einwanderer zusammen, die vor

allem aus Nordafrika und früheren Kolonien gekommen sind. Heute leben etwa 7 Millionen Muslime in Frankreich, aber die genaue Zahl kennt man nicht. Seit der französischen Revolution betrachtet sich Frankreich als ein Land der Gleichheit, weshalb man es nicht für angebracht hält, Statistiken über ethnische oder religiöse Unterschiede zu erstellen. Es sind ohnehin alle gleich. Dabei haben Soziologen wie Gilles Kepel schon vor Jahrzehnten darauf hingewiesen, dass die soziale Diskriminierung in den Vorstädten zu einer Radikalisierung führen wird.

Zu wenig bedacht hat man offensichtlich auch die Radikalisierung von Teilen des Islam, die nach der Revolution im Iran einerseits und über die Förderung radikaler Gruppen mit arabischen Petro- Dollar andererseits in den 1980er Jahren eingesetzt hat. Gerade in dieser Zeit hat die Einwanderung stark zugenommen.

Eine besondere französische Eigenheit ist das Gesetz über die Laizität. Es wurde, noch als Auswirkung der Französischen Revolution, 1905 beschlossen. Ziel des Gesetzes war es, den Einfluss der katholischen Kirche endgültig zu brechen. Es wurde verboten, religiöse Symbole in Schulen und Einrichtungen der Republik anzubringen. Heute soll die Laizität dazu dienen, den islamischen Einfluss zurückzudrängen. Manche bezeichnen das als Islamophobie. Zweifellos erhebt sich die Frage, ob der Prozess der Trennung von Kirche und Staat, der in Ländern Europas Jahrhunderte gedauert hat, gegenüber einer Religion, die gerade eine Renaissance erlebt, dekretiert werden kann.

Die immer wieder verübten spektakulären Terror-Anschläge zeigen, dass junge Menschen bereit sind, für ihre Überzeugung andere zu töten und selbst als "Märtyrer" zu sterben. 2022 sind in Frankreich Präsidentschaftswahlen. Nach derzeitigen Umfragen würde Marine Le Pen vom rechtsextremen „Rassemblement national“ im ersten Wahlgang vorne liegen. Man kann also davon ausgehen, dass die Islam-Diskussion in Frankreich in nächster Zeit nicht nur fortgesetzt, sondern intensiviert werden wird. Nicht zuletzt auch deshalb, weil es Berechnungen gibt, nach denen in 50 Jahren 40 % der Menschen in Frankreich Moslems sein werden.

(*) Dr. Wendelin Ettmayer; Abgeordneter zum Nationalrat a.D.; Botschafter; Autor;

www.wendelinettmayer.at